

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 06 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Hans de With MdB schildert die Wirkung des geplanten Gesetzes über den Vertrieb von Anteilen an Vermögensanlagen.

Seite 1/2

Heinz Rapp MdB warnt Politiker und Journalisten vor dem ruinösen Parteienwettbewerb.

Seite 3/4

Peter Glotz, Berliner Senator für Wissenschaft, setzt sich in einem offenen Brief mit Thesen von Richard von Weizsäcker auseinander.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölnner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 22 / 31. Januar 1978

Sparer- und Verbraucherschutz weiterhin groß geschrieben

Gesetzentwurf über den Vertrieb von Anteilen an Vermögensanlagen

Von Dr. Hans de With MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Gemeinsam mit dem Bundesfinanzministerium hat das Bundesjustizministerium dem Gesetzgeber im September 1977 einen Gesetzentwurf über den Vertrieb von Anteilen an Vermögensanlagen zugeleitet, der demnächst in 1. Lesung im Bundestag behandelt werden wird. Damit rückt einer der Schwerpunkte der Arbeit des Bundesjustizministeriums, nämlich die weitere Verbesserung des Verbraucherschutzes, erneut in den Vordergrund.

Ziel des Gesetzentwurfs ist die Verbesserung des Anlegerschutzes auf einem Gebiet, in dem es bisher an besonderen Vorschriften fehlt. Anlegerschutz heißt dabei zugleich Sparerenschutz, denn nicht wenige sparen durch Anlegen ihres Geldes z.B. bei Immobilienfonds. Auf der Grundlage der Vertragsfreiheit haben sich bekanntlich in den letzten Jahren Anlageformen entwickeln können, bei denen es zum Schaden der Anleger z.T. zu erheblichen Mißständen gekommen ist, die nicht zuletzt auf mangelnder Kontrolle der Unternehmen und auf Fehlinformationen der Anleger beruhen. Dem soll abgeholfen werden.

Anders als zum Beispiel für den Vertrieb von Aktien oder Investmentanteilen bestehen für den Verkauf von Anteilen an sonstigen Vermögensanlagen, wie z.B. an sogenannten geschlossenen Fonds oder Abschreibungsgesellschaften, keine besonderen Vorschriften, durch die die Interessen der Anleger ausreichend gewahrt werden. Die Initiatoren solcher Angebote bedienen sich häufig - nicht zuletzt aus steuerlichen Gründen - bestimmter Gesellschaftsformen und treu-

handrechtlicher Gestaltungen, die nicht für eine Teilnahme am öffentlichen Kapitalmarkt gedacht sind. Es fehlt daher in diesen Fällen an gesetzlich vorgeschriebenen Kontroll- und Einwirkungsrechten der Anleger im Innenverhältnis, ebenso wie an ausreichenden Publizitätsvorschriften, wie sie sonst für diejenigen gelten, die sich an den Kapitalmarkt wenden.

Um den angestrebten Anlegerschutz zu erreichen, hat sich die Bundesregierung für die sogenannte vertriebsrechtliche Lösung entschieden, d.h. das Gesetz knüpft seine Anwendbarkeit an den Vertrieb von Anteilen und nicht an eine bestimmte Gesellschaftsform an. Diese Lösung hat überwiegende Zustimmung gefunden. Ihre Vorzüge sind: Ein möglichst geringer Eingriff in die Vertrags- und Gestaltungsfreiheit sowie ein umfassender Anwendungsbereich, der Umgehungen weitgehendst ausschließt.

Beim öffentlichen Vertrieb der vom Gesetz erfaßten Anteile wird es dem Unternehmen, dessen Anteile angeboten werden, zur Pflicht gemacht, sowohl in der "Vertriebsphase" wie auch in der "Tätigkeitsphase" ausführlich, wahrheitsgemäß und vollständig über die Anlage und ihre Entwicklung zu berichten. Der Anleger soll in Kenntnis aller für die Anlageentscheidung wesentlichen Umstände entscheiden können, ob er ein bestimmtes Angebot annehmen will, und er soll sich laufend über die Entwicklung einer von ihm erworbenen Anlage unterrichten können. Diesen Zielen dienen

- a/ eine Prospektpflicht mit Prospekthaftung,
- b/ die Verpflichtung zur laufenden Rechnungslegung und Berichterstattung,
- c/ das Gebot von Prüfungen durch Angehörige der Prüfungsberufe,
- d/ die Anmeldepflicht beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und dessen damit verbundenes Eingriffsrecht und
- e/ bestimmte Bußgeldvorschriften zur Einhaltung dieser neuen Pflichten.

Nach Überzeugung der Bundesregierung wird sich der auf diesem Gebiet teilweise festzustellende Wildwuchs damit zum Nutzen der Verbraucher und redlichen Unternehmen wirksam eindämmen lassen. Dem Anleger wird dabei das Risiko seiner Anlageentscheidung nicht abgenommen. Aber es wird überschaubarer gemacht. Dem Unternehmen wird dabei die Verantwortung nicht abgenommen. Aber sie wird kontrollierbarer gemacht.

(-/31.1.1978/ks/ca)

+ + +

Parteienwettbewerb - produktiv oder ruinös ?

Anmerkungen zu der Haushaltsdebatte der vergangenen Woche

Von Heinz Rapp MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

Willy Brandt hat in seinem Beitrag zur Haushaltsdebatte am 24. Januar 1978 in Frage gezogen, ob Parlamentsdebatten der leider üblich gewordenen Art noch den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gerecht werden - es wird wohl keinen Bundestagsabgeordneten geben, dem in seinen Versammlungen übers Wochenende darauf nicht klipp und klar gesagt worden wäre, offenbar nehme man im Bundestag die bloßen Machtkalküle der Parteien ernster als die Sorgen, Hoffnungen und Erwartungen der Menschen, als die gegenwärtigen und die absehbaren Probleme unserer Gesellschaft. Unter den Leuten mit den schnellen Urteilen geht das modische Wort von der Staats- oder gar von der Demokratieverdrossenheit um; wer genauer hinsieht, wird von einer Parteienverdrossenheit reden müssen, in der sich ganz wesentlich wachsender Unwille über Fehlhaltungen der Parteien im Umgang miteinander und in ihrem Verhältnis zueinander niederschlägt. Die geschärfte Sensibilität der Menschen für solche Fehlentwicklungen ist offenkundig eher Ausdruck eines besorgter gewordenen Engagements für die Demokratie. Die Glaubwürdigkeit der Parteien steht auf dem Spiel: Weil sie aus Gründen, auf die noch einzugehen sein wird, nicht glaubwürdig geblieben sind in dem, was ihnen gemeinsam, was ihre Gemeinsamkeit in der Pflicht des Grundgesetzes ist, sind sie offenbar für immer mehr Menschen unglaubwürdig geworden auch und selbst in dem, was sie streitig miteinander auszutragen haben.

Demokratie im Vollesinn des Wortes, Demokratie als Mehrparteiensystem mit einem auf breitem Grundwerte-Konsens aufruhenden Pluralismus-Verständnis, ist ja immer beides zugleich, ist Gemeinsamkeit und Wettbewerb, der mitunter durchaus harten Streit bedeuten mag. Wettbewerb gibt es in vielen Lebensbereichen - in der Wirtschaft, im Sport, sonstwo und eben auch in der Politik. Wettbewerb ist, sind seine - übrigens in allen Lebensbereichen gleichen - Strukturelemente intakt, ein produktives Prinzip, in der Politik dazu angetan, die Parteien anzuspornen, sich gewissenhaft und mit Mut und Phantasie um die Kenntnis der Probleme und deren Lösung zu bemühen. Wettbewerb aber steht, sind seine Strukturelemente nicht intakt, stets auch in der Gefahr, sich selbst außer Kraft zu setzen oder zu degenerieren; beides kann nahe beisammen liegen. So stellen sich heute in der Tat viele unserer Bürgerinnen und Bürger die bange Frage, ob der politische Wettbewerb zwischen den großen Parteien unseres Landes vielleicht schon aufgehört hat, produktiv zu sein, ob er nicht anfängt, ruinös zu werden. Und die diese Sorge äußern, beziehen sie auf eine doppelte Gefahr:

- o Ist die demokratische Auseinandersetzung mit dem Partner-Gegner an sich darauf angelegt, jeweils tragfähigere Lösungen anstehender Sachprobleme an den Tag zu fördern, so wird dieser Zweck verfehlt, wenn die Sache selbst, um die es geht, zur bloßen Manövriermasse für ganz andere "Schlachten" verkommt;
- o Demokratie wird sich nicht als Lebensform durchsetzen können, wenn man sich vom jeweils anderen gar nicht mehr ansprechen läßt und man im Grunde mit ihm selber gar nicht mehr redet, sich stattdessen lieber an das Bild vom anderen hält, das man sich von ihm zurechtgemacht hat.

Wer dies alles zur "Stilfrage" verniedlichen wollte, würde verkennen, daß Stil stets und überall mehr ist als Stil: Schlechte Formen können Inhalte beschädigen. Und dies ist, was viele für unsere Demokratie befürchten.

Damit wird nicht einem harmonistischen Modell das Wort geredet - Demokratie ist stets Gemeinsamkeit und Wettbewerb. Die großen Parteien unseres Landes belegen (bei be-

trächtlichen "Schnittmengen" unterschiedliche Zonen des politischen Feldes - das gilt in programmatischer und in gewisser Weise auch soziologischer Hinsicht ebenso wie in Bezug auf ihre Attraktivität für unterschiedliche politische Temperamente. Sie versuchen je auf ihre Weise, den Ansprüchen des allen gemeinsamen Grundgesetzes zu genügen. Wir haben Programmparteien - mit dem Wettbewerb zwischen Programmparteien fahren wir entschieden besser als etwa mit den leeren Machtkämpfen bloßer Plattformparteien. Mag sein, daß die Integrität der Demokratie in Gemeinsamkeit und Wettbewerb mit von dem Maße abhängt, in dem sich die Parteien selbst ihrer eigenen Identität gewiß sein können - man müßte mal die Zeit haben, die Fehlentwicklungen im Verhältnis zwischen den Parteien im Lichte der Einsichten aufzuarbeiten, die Psychologie und Aggressionsforschung vermitteln. Aus der Unterschiedlichkeit der politischen Programme und Lösungsansätze, aus der Unterschiedlichkeit auch der politischen Temperamente erwachsen den Parteien auch unterschiedliche Aufgaben der für das Gelingen von Demokratie so wichtigen Integration. Vieles wäre gewonnen, wenn sich die Parteien gegenseitig zugestehen würden, daß gerade im Bemühen um politische Integration das äußere Erscheinungsbild einer Partei Außenstehenden mitunter ein bißchen unübersichtlich vorkommen mag. Daß stattdessen jede Partei die jeweils andere auf die Extrempositionen festzulegen versucht, deren Integration bei der jeweils anderen Partei besondere Schwierigkeiten macht, ist mehr als eine läßliche Sünde: Am Ende pflegt die totale Feindbildmacherei zu stehen.

Dabei geht es ja durchaus in Ordnung, daß sich die Parteien in ihrem - allen gemeinsamen - Bekenntnis zur freiheitlichen, sozialen, rechtsstaatlichen Demokratie beim Wort nehmen - aber dann eben bitte beim jeweils eigenen Wort und nicht bei dem, das man in die Sprechblase des Feindbilds hineinschreibt. Die Glaubwürdigkeitslücke der Parteien besteht ganz wesentlich darin, daß unsere Bürgerinnen und Bürger die Breite und Tragfähigkeit des Grundwerte-Konsenses in unserer Gesellschaft zwar täglich erfahren, daß sie darin aber durch Leute verunsichert werden, deren demokratische Aufgabe es wäre, den Konsens zu sichern und ihn noch breiter zu machen. Und die Menschen tun ja recht daran, wenn sie sich fragen, welche Interessen eigentlich im Spiele sind, wenn z.B. die Wahlkampfparole 76 der Unions-Parteien - deren Anhänger mögen aus ihrer Sicht Vergleichbares vorbringen - die Hälfte der Nation aus dem gemeinsamen Verfassungsverständnis herauszustößen versucht. Willy Brandt hat im Bundestag von der Gefahr des wachsenden Wirklichkeitsverlustes der Parteien gesprochen. Haß macht blind - schon wird man, läßt man die Tiefpunkte der Debatte der Haushaltswoche nochmals Revue passieren, von Wirklichkeitsverlusten sprechen müssen, die nur noch mit dieser Art Blindheit zu erklären sind.

Was tun?

- o Die kriegswissenschaftlich betriebene "Besetzung der Wörter", Semantik als politische Waffe, muß aufhören. Wie soll man aufeinander hören und miteinander sprechen können, wenn man sich gegenseitig den Boden der gemeinsamen Sprache wegzieht?
- o Die Feindbildmacherei muß aufhören. Der Versuchung, sich den Gegner je nach den eigenen taktischen Bedürfnissen zurechtzuschneiden, muß widerstanden werden. Wie wär's, wenn man damit anfinge, den jeweils anderen bei dessen eigenem Wort und Selbstverständnis zu nehmen?
- o Dem Argumentationswert des politischen Wortes muß wieder der gleiche (wenn schon nicht ein höherer) Rang eingeräumt werden wie seinem Kampfwert.
- o Kritik - nicht nur hinzunehmen, sondern notwendig, erwünscht, zu fordern und zu üben - darf nicht dahin verkommen, daß man sich dem Kritisierten und seinen Vorstellungen und Aufgaben schlechterdings verweigert.

Dies alles richtet sich gewiß in erster Linie an die Politiker; der dies alles aus der Erfahrung einer Versammlung am Wochenende nach der Haushaltsdebatte 78 heraus niederschreibt, tut dies ja keineswegs von einem archimedischen Punkt aus. Dies alles aber richtet sich z.B. auch an die Publizistik: Gibt es da nicht manchen, dem die griffige Kampfparole eines Draufhauers mehr gilt, mehr Aufmerksamkeit wert ist als das differenzierende (und dabei u.U. durchaus auch polemisierende) Argument? Warnung an alle, die da glauben, in dieser Weise Tribut zollen zu müssen: Das allgemeine Bewußtsein entwickelt sich von ihnen weg.

(-/31.1.1978/ks/ca)

Offener Brief an Richard von Weizsäcker

Von Dr. Peter Glotz

Senator für Wissenschaft und Forschung Berlin

Sehr verehrter Herr von Weizsäcker,

in Ihrer Rede vom 19. Januar vor dem Deutschen Bundestag haben Sie meine Kritik an der "symbolischen Kommunikation", die die Union mit den Universitäten betreibt, kritisch aufgegriffen. Sie haben Worte verwendet - "Verantwortungslosigkeit, parteipolitische Tiefschläge" -, die sonst nicht zum Repertoire unserer Gespräche gehört haben. Da ich weiß, daß eine kontroverse Debatte mit Ihnen lohnt, schreibe ich Ihnen diesen Brief. Da Ihre Äußerungen vor dem Forum des Bundestages öffentlich waren, werde ich auch meinen Brief veröffentlichen.

Ich bin in der Tat der Auffassung, daß viele Auftritte Ihrer Parteifreunde an deutschen Universitäten lediglich "symbolische" Kommunikation darstellen. Ich sage viele - nicht alle. Ich habe Georg Gölter oder Anton Pfeifer oft sachlich - und ganz und gar nicht "symbolisch" - mit Studenten debattieren hören. Ich weiß, daß Bernhard Vogel - der meine Kritik wegen des zufälligen Zusammenfalls der Veröffentlichung meines "Zeit"-Artikels und seiner Versammlung in Göttingen fälschlich auf sich bezog - als Kultusminister oft den Versuch gemacht hat, mit den Studenten zu reden. Aber viele Auftritte, insbesondere in letzter Zeit, halte ich in der Tat für bewußt konzipierte Propagandaveranstaltungen. Ich meine damit insbesondere die RCDS-Kampagne an den Hochschulen, in deren Verlauf beispielsweise Helmut Kohl an der Technischen Universität Berlin und Heiner Geißler an der Universität Bremen gesprochen haben. Die CDU hat für diese Veranstaltungen in Berlin ganz offen den (in diesem Zusammenhang) verräterischen Begriff "Flagge zeigen" gebraucht.

Meine Behauptung ist: An den Hochschulen geht es in der jetzigen Situation eben gerade nicht um "Flagge zeigen", d.h. also um das demonstrative Bekennen (und Wiederholen) der eigenen Position. Es geht darum, zigtausende junger Leute, die am Grundkonsens unseres Grundgesetzes zweifeln, in diesen Grundkonsens zurückzuholen. Es geht darum, zuzuhören und zu verstehen, worin die Zweifel begründet sind. Und es geht darum, diese Zweifel mit guten Argumenten zu widerlegen. Es geht um die erneute Anknüpfung eines Gesprächs, das abgerissen ist - und nicht um die Bestätigung der eigenen Meinung oder eine Art moderner Mutprobe, in deren Verlauf man beweist, daß man dasselbe, was man anderswo zahllose Male verkündet hat, auch in den Hörsälen deutscher Hochschulen verkünden kann. Sie werden einwenden, daß solche Auftritte die "schweigende Mehrheit" bestärken sollen. Aber man bestärkt niemanden dadurch, daß man sich aus Veranstaltungen mit heldenhaftem Lay out aus dem Saal schreien oder drängen läßt. Wirkliche Bestärkung kommt aus Argumenten, nicht aus Attitüden.

Ich muß nicht betonen - dazu kennen wir uns gut genug -, daß ich ganz selbstverständlich jeden physischen oder psychischen Angriff auf die Redefreiheit verurteile. Ich habe

auch niemals mit einem Satzbruchstück Zweifel daran gelassen, daß jede demokratische Partei das legitime Recht hat, überall ihre Thesen und Positionen darzustellen; auch an Hochschulen. Die Frage ist nur: Gibt die Union beim demonstrativen "Flagge zeigen" nicht gerade denjenigen Kräften Auftrieb, die in einer verwirrten und verfehlten Theorie des Widerstandsrechts Rechtsbrüche begehen oder jedenfalls rechtfertigen?

Ich ziehe nicht in Zweifel, daß Staat und Hochschule auch d i e s e r Demonstration Raum schaffen müssen. Aber ich frage nach dem Sinn solcher Demonstrationen. Können Sie sich in einen Universitätspräsidenten hineinversetzen, der ein Semester lang durch einen abgestuften Katalog von Maßnahmen gewaltsame Konfrontationen in seiner Universität verhindert hat und dem eine solche Großveranstaltung angekündigt wird? Eine Großveranstaltung, die all die versprengten und ins Abseits gedrängten K-Gruppen wieder auf sich zieht? Eine Großveranstaltung, die von einigen Hundertschaften Polizei geschützt werden muß - und so schon von vornherein eine Atmosphäre schafft, in der kritische und selbstkritische Dialoge nahezu unmöglich sind?

Wer eine Kommunikation anknüpfen will - das war die von Ihnen als "Tiefschlag" gewertete These meines "Zeit"-Artikels - muß sich Überlegen, wer die Partner sind und wie er sie erreicht. Wer diese Überlegung unterläßt, führt eine Pantomime vor. Wenn eine Partei über viele Jahre das Gespräch an den Universitäten sträflich vernachlässigt hat (und das haben die Parteien; nicht nur die Union), kann sie dieses Gespräch nicht mit Massenversammlungen beginnen, in denen Spitzenpolitiker, umringt von ihrem Personenschutz, vor dem zusammengetrommelten CDU-Kreisverband allgemeine Wahlreden halten. Wieso ist das Aussprechen solch einer Binsenweisheit ein Tiefschlag?

Und noch etwas: Warum spricht Helmut Kohl eigentlich in Berlin - und nicht in München? Warum spricht Geißler in Bremen - und nicht in Heidelberg? Der Ablauf der Versammlungen wäre dort - in jahrzehntelang unionsregierten Bundesländern - nicht anders als in den angeblichen "Kaderschmieden"; nur ließe sich der Tumult dort nicht als Vorwurf gegen die sozialliberale Koalition wenden. Hinter der freiheitlichen Geste steht oft ein kalkulierter Effekt; diese Doppelbödigkeit spüren die Menschen.

Wir haben in Berlin für ein Semester harter, aber rationaler Diskussionen gesorgt. Ich war über zwanzigmal in den Berliner Hochschulen; ein paar Mal vor mehreren tausend Studenten, und zwar ohne herbeigebetene Anhänger, ohne Begleitung; keine dieser Diskussionen endete gewaltsam, obwohl ich mit meiner Meinung nicht hinter dem Berg hielt. Am Ende des Semesters hat sogar die Notgemeinschaft für eine Freie Universität, eine unbestritten konservative Organisation, mit Vertretern der akademischen Linken unbehindert debattiert; ihr Sprecher, Professor von Simson, hat diesen (gewiß; eigentlich selbstverständlichen) Vorgang eingehend gewürdigt. Wir haben den Dialog gesucht und gefunden; wir haben allerdings nicht nur "Flagge gezeigt".

Die Hochschulpolitik der Union erinnert an ihre Deutschlandpolitik: Demonstration statt kleiner Schritte. Sie wird genauso enden: In pathetischer Hilflosigkeit.

Vom Spiel mit "Flaggen", verehrter Herr von Weizsäcker, müßte unser Volk genug haben. Wichtiger als demonstrative Tapferkeit ist Sensibilität und Überzeugungskraft.

Mit den besten Grüßen
Ihr Peter Glotz

(-/31.1.1978/ks/ca)